

Kammer Zeitung

Vollstrecker für Namen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Anteilhaber: ...

Freiwillige Unfallversicherung ...

Nr. 97

Dienstag, den 27. April 1920

48. Jahrgang

Vom französisch-englischen Abkommen.

(TU) Aus San Remo liegt folgende Meldung vor: Als Hauptbestandteile des französisch-englischen Abkommens über die Deutschland zu gewährenden Erleichterungen werden angegeben: Die Reichswehr wird ermäßigt. Ihre Truppen drei Monate lang in den unterworfenen Gebieten zu unterhalten, aber in jedem Monat muß ein Drittel der Bestände demobilisiert werden. Ferner werden die 5 neuerlich besetzten deutschen Städte solange besetzt bleiben, bis die deutschen Truppenverbände auf die im Vertrag vorgesehenen Verhältnisse herabgesetzt sind. Befestigungen ohne vorherige schriftliche Uebereinstimmung der Alliierten werden in Zukunft nicht mehr erfolgen dürfen.

Ueber die Beschlüsse von San Remo liegt an Berliner amtlicher Stelle eine offizielle Mitteilung noch nicht vor. Es sind nur private Mitteilungen eingetroffen, die sich im wesentlichen mit den Beschlüssen in der Presse decken. Man erwartet bereits innerhalb der nächsten Tage die Einleitung der offiziellen Verhandlungen zu den angekündigten Besprechungen in Versailles. Auf die Einleitung der Ministerpräsidenten der alliierten Mächte wird sich Reichsminister Müller selbst mit dem erforderlichen Stab von Sachverständigen nach dem Orte der Zusammenkunft begeben.

Lord George erklärte französischer Journalisten in San Remo: Ich war niemals ein Gegner der Anwendung militärischer Mittel gegen Deutschland. Ich widerstehe mich nur in dem besonderen Fall, wo Deutschland gegenwärtig die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen soll. Es ist es auch mit der Revision des Friedensvertrages, der ich mich widersetze. Wir hatten eine Konferenz von großer Wichtigkeit, aber wir sind zu einem guten Resultat gekommen. — Nach dem „Intransigent“ werde Deutschland vielleicht ein Heer von 150.000 Mann bewilligt werden.

Die türkische Frage in San Remo.

An der Sonnabend-Sitzung nahm der amerikanische Botschafter, obwohl ohne Vollmacht, teil. Er hob hervor, daß das Völkerrecht über die türkische Frage nicht eindeutig ist. Die beiden Vorschläge betreffend Großarmenien und Kleinasien werden von der amerikanischen Regierung zur Diskussion vorgelegt. Erst dann wird ein endgültiger Beschluß gefaßt werden. — Das Mandat für Palästina ist vom Obersten Rat an England übertragen worden.

Der Oberste Rat hat der Türkei eine Armee von 25.000 Mann bewilligt, auf Antrag von Lord George. Marshall Lloyd hatte den Vorschlag gemacht, der Türkei nur eine einfache Polizeitruppe zu bewilligen, die von alliierten Offizieren befehligt werden sollte. Italien hat der Türkei eine Armee von 50.000 Mann zugesagt. Der türkische Delegierte erklärte, daß seine Regierung ihn beauftragt habe, den vom Obersten Rat vorgelegten Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen.

Polnische Geheimbefehle für Oberschlesien.

(W) Die Schließung der Volkszeitung veröffentlicht einen neuen polnischen Geheimbefehl, wonach die polnische Militärgeschichte der gesamten polnischen Militärgeschichte folgen soll. Damit ist jederzeit bereit, nach vorheriger Genehmigung mit den Kooperationsbehörden gegen die deutsche Bevölkerung zu kämpfen. Falls die vorhandenen Waffenlager nicht ausreichen, soll der Kommandant sich sofort an die Vertreter des Bundes wenden, damit er die nötigen Waffen und Munition erhalte. In diesem Geheimbefehl heißt es unter anderem: „Alle Arbeiter sind dahin zu beauftragen, an dem deutschen Gesamtstand nicht teilzunehmen.“ In einem zweiten Geheimbefehl heißt es:

Die bürgerliche Bevölkerung muß natürlich eine Verleumdung schaffen und spitzfindig arbeiten. Hierzu ist nötig, daß deutsche Unruhen in jeder Weise unterdrückt werden, damit in der Öffentlichkeit kein Verdacht eines polnischen Aufstandes auf sich fällt. Die werbenden polnischen Verbände müssen glauben machen, daß sie auf dem Standpunkt der Deutschen stehen, und daher ihre Forderungen nicht anerkennen. Es ist notwendig, daß die Oberbefehlshaber sich an den Ausbruch des Bundes wenden und diesen von dem Befehl geheimer deutscher Organisationen überzeugen. Es sollen glauben gemacht werden, daß die Polen weder Waffen noch Munition besitzen, daß aber alle polnischen Sportvereine sich mit den Truppen des Bundes vereinigen würden, wenn ihnen Waffen geliefert werden. Dadurch werden wir die Existenz unserer geheimen Waffenlager. Die Deutschen werden keine Beweise dafür haben, daß der Aufstand von polnischer Seite organisiert worden ist.

Seine Reichswehrtruppen zur Abwehr polnischer Angriffe.

(TU) Das Reichswehrministerium erklärt die Meldung, daß Reichswehrtruppen nach dem Rhein zur Abwehr eines polnischen Angriffs versetzt worden seien, für unzutreffend. Aus Hannover seien keine Truppen nach dem Rhein beordert worden. Die Transporte nach dem Rhein beschränken sich auf die beiden Bataillone des Reichswehrregiments 16 in Hamburg.

Ueber den neugeplanten Kommunistenaufstand

veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“, deren Mitteilungen allerdings in der gestrigen Nationalversammlung vom Regierungsvertreter als übertrieben bezeichnet wurden, geheimes Material, demzufolge die Eroberung Mitteldeutschlands und Thüringens bezweckt werde. Der Aufstand solle sich gleichzeitig u. a. über Wittenberge, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Kassel, Göttingen, Nordhausen, Mühlhausen, Gotha, Erfurt, Jena, Naumburg, Gera, Merseburg, Leipzig erstrecken. Ein Teil der U. S. R. unter Führung von Eichhorn, Geiger, Groß und Bräse soll sich unter dem Kommando „Schwarze Hand“ zur Mitwirkung an der Aktion in Mitteldeutschland bereit erklärt haben. Die Kommunisten schäupfen, über ein Heer von 40.000 Mann zu verfügen. Das genannte Blatt veröffentlicht anschließend einen Kampfplan für die Eroberung.

Weiter wird aus Frankfurt a. M. berichtet: Franzosen und unabhängige Sozialdemokraten setzen seit Beginn der Besetzung in England und Herzogtum Friesland in Frankfurt sowohl als auch in Hanau. Auf diese Verbindung folgen sich die französischen Vätermedien über die „Berliner Ausnahme“ der Franzosen in der Arbeiterbewegung. Auch aus dem Ruhrgebiet sind zahlreiche Kommunisten in Frankfurt eingetroffen und stehen in Verhandlungen mit den Franzosen. Die ganz einheitlichen Informationen der Unabhängigen liegen offensichtlich allen Berichten der Franzosen und ihrer gesamten Auffassung der Lage in Deutschland zu Grunde.

Am 1. Mai Beginn einer neuen Revolutionsbewegung im Industriegebiet.

Aus Elberfeld wird gemeldet: Ueber die Pläne der Heiligen Kommunisten und Unabhängigen wird, wie das „Westf. Ztg.“ meldet, neuerdings bekannt, daß nach der Absicht des „Centralrates“ in Barmen überall kleine, aber entschlossene und fest in der Hand der Führer befindliche Abteilungen der roten Armee organisiert werden sollen, die den Kern der neuen Bewegung bilden. Mit ihr glaubt man weiter zu kommen als mit den großen Heerhaufen. Waffen sind überall noch genug vorhanden. Nach Abzug des Gros der Reichswehr hofft man mit den vereinzelten kleinen Abteilungen ähnlich wie fernerzeit mit den Lichtschlag-Delegationen fertig zu werden. Als Termin der neuen Bewegung wird jetzt der 1. Mai genannt.

Ein Putschversuch in Remscheid.

Aus Remscheid wird gemeldet: In den letzten Tagen wurde hier die nach dem Märzunruhen in einer Stärke von 225 Mann aus dem revolutionären Arbeiterkampf gebildete militärisch organisierte Ordnungswache mit Mithilfe auf die hohen Wälder aufgestellt. Daraufhin sollte die Wehr den Plan, mit Unterstützung der aus dem Ruhrgebiet zahlreich hierher geschickten kriegswichtigen Elemente der öffentlichen Gewalt an sich zu reißen. Nachts sollten die in den verschiedenen Stadtteilen verteilten Wachen der den Polizeibehörden ausstehenden Sicherheitswehr überfallen, die Wachen gesprengt und das Rathaus besetzt werden. Der Plan wurde aber vereitelt. Es kam zu rechtzeitiger Abwehrmaßnahmen. Gegen die Fremden, die eine große Gefahr für die Sicherheit unserer Stadt bedeuteten, soll nunmehr schon vorgegangen werden. Es ist auch dringend nötig, denn Remscheid ist seit dem Zusammenbruch der Reichswehr in das Ruhrgebiet als Stützpunkt für die kommunistische Bewegung geworden, die sich dem Um der Gewalttätigkeiten bedienen. Die hiesigen Vertreter der Soldaten der roten Armee, die eine sozialistische Verfassung nicht zu befürworten haben, sind in der Tat zum weitaus größten Teil in ihre Heimat zurückgekehrt. In der Sonntagsnacht trafen aber wieder etwa 300 verpönte Arbeiter, die seinerzeit ins besetzte Gebiet übergetreten und nunmehr im Saar abgehoben worden waren, zum Teil mit waffenreichem Nachschub, hier ein. Die Leute, die aus Frankfurt vor Strafe nicht in ihre Heimat befohlen hatten, werden wieder einmarschieren in geschlossenen Abteilungen in verschiedenen öffentlichen Gebäuden untergebracht. Heute früh bezog sich der Polizeikommandant nach Köln, um angelegte der Tatsache, daß sich in Remscheid schon genügend fremde Elemente aufhalten, mit dem hiesigen Polizeipräsidenten darüber zu verhandeln, daß die neuangekommenen Arbeiter wieder nach Köln zurückgeführt werden. Remscheid wird für die nächsten Tage in der Umgebung herangezogen werden, ist ein Vorfall, der sich im benachbarten Remscheid ereignet hat. Dort besetzte eine bewaffnete und zum Teil schwarzmaskeierte Räuberbande die Wälder des Hainfeldes. Sie durchsuchte die Hainfeldes, zwang den Wälder mit 10 gehaltenen Revolvern zum Stillstehen und zwang zur Abgabe aller Wertsachen des Hauses, des Inventars der Bewohner usw., und raubte dann Geld, Schmuckstücke und andre Gegenstände

Wahlbewegungen und Hauptkandidaten

Am letzten Sonntag haben in Berlin und anderen Orten die großen Wahlbewegungen begonnen. In anderen Orten wurden die Hauptkandidaten aufgestellt. So haben die Sozialdemokraten für den Wahlkreis Tempelhof an die Spitze der Liste Eduard Bernstein gestellt, für den Wahlkreis Nieder-Reinickow Wisse II, Hermann Müller und Frau Gutzkow. Die Unabhängigen stellten für Tempelhof u. a. auf Juleit, Däumig, Bergfeld, Bogtberg und Hoffmann, für Nieder-Reinickow Wisse II, Hermann Müller und Frau Gutzkow. Die Kommunisten stellten für Tempelhof u. a. auf Frau Gutzkow, Juleit, Däumig und Bergfeld. Die demokratische Partei an die Spitze ihrer Liste den Rektor Köpcke, die Berliner Sozialdemokraten Eduard Bernstein und Lohse wiederum vor. In Magdeburg steht an der Spitze der demokratischen Liste der frühere Justizminister Schiffer, nach ihm der Führer des Bauernbundes Dr. Böhm und an dritter Stelle Regierungsrat Dr. Pöhlmann. In Jena steht an der Spitze der demokratischen Liste Professor Götting-Warburg, an dritter Stelle der frühere Reichsanwalt Hugo Preuß.

Tagesereignisse.

— (Einladung des Reichskanzlers nach Spa.) Nach einer Meldung des „Temps“ Korrespondenten in San Remo wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichskanzler oder einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spa zu entsenden. Die Zusammenkunft soll am 25. Mai stattfinden.

— (Deutschland will die Räumung Frankreich verlangen.) Wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, bereitet die deutsche Regierung eine Note vor, in der von der französischen Regierung die Räumung von Frankreich a. M. und der anderen neu besetzten Gebiete verlangt werden soll mit dem Hinweis darauf, daß die in das Ruhrgebiet entlassenen Reichswehrtruppen zurückgezogen worden sind, jedoch die Zahl der Truppen in der neutralen Zone die im Friedensvertrag zugewilligte Höchstzahl nicht mehr überschreitet.

— (Miß so etwas sein?) Die Reichsregierung hatte an ausländische Pressevertreter die unwahre Nachricht verbreitet, daß bei Stettin ein verheerendes Lager von 253 Selbstgeschädigten gefunden worden sei. In Verbindung damit hat sie dem „Deutschen Tageszeitung“ u. a. auf die angebliche Putschgefahr von rechts in Pommern hingewiesen. Den deutschen Pressevertretern hat die Regierung diese Geschichte wohlweislich nicht aufgetischt. Die Regierung gibt jetzt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hierzu folgende Darstellung: „Ausländische Pressevertreter haben der zuständigen Stelle der Reichsregierung am Donnerstag Mitteilung gemacht von einer ihnen zugegangenen Nachricht, wonach in Pommern eine größere Zahl von Selbstgeschädigten in einem Versteck aufgefunden worden sei. Da der Reichsregierung ebenfalls solche Mitteilungen (h) zugegangen waren, ist den ausländischen Pressevertretern wahrheitsgemäß (h) dementsprechende Auskunft erteilt worden; zugleich aber wurde darauf hingewiesen, daß es sich um ein bisher unbekanntes Gerücht handle. Nachdem festgestellt worden war, daß die es Gerücht sich nicht bestätigte, ist den ausländischen Pressevertretern, die am Donnerstag vorgefahren hatten, die entsprechende Aufklärung zuteil geworden.“

— (Eine Volksvertretung für das Saargebiet?) Eine parlamentarische Volksvertretung für das Saargebiet in Form eines nach dem allgemeinen deutschen Wahlrecht gewählten Landtages wird, wie die „Saarbr. Ztg.“ von unterirdischer Seite erfahren haben will, demnächst eingerichtet werden. Eine dahingehende Vorlage sei bereits bei der Saargebietverwaltung fertiggestellt und werde baldigt der Öffentlichkeit übergeben werden.

— (Von französischem Kriegsgericht in Frankfurt a. M. wurde ein Chemiker aus München zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er eine französische Militärperson bedroht haben soll; ferner ein Arzt wegen Bedrohung u. Bedrückung einer französischen Schildwache zu 10 Tagen Gefängnis.)

— (V. Watter vom Dienst entbunden.) Generalleutnant von Watter, Weichhaber des Wehrkreises VI, in Münster, ist auf seinen Antrag von seiner Dienststellung entbunden worden.

Zu der Nachricht meint der Vorwärts, sie werde in der Arbeiterkassette mit dem Gefühl begrüßt werden: „Gottlob, endlich!“ — Der Berliner Volks-Anzeiger hegt die Befürchtung, daß die Dienstenthebung nicht ohne alle Nachwirkungen auf die ohnehin immer gespannte Lage im Ruhrgebiet bleiben werde, und die Deutsche Tageszeitung

sagt: Jetzt haben die Unabhängigen und Kommunisten wieder freie Hand in dem noch nicht zur Ruhe gekommenen Industriegebiet. Das Tagesblatt sieht als Vorbedingung einer Festigung der Verhältnisse im Ruhrgebiet die Schaffung eines ständigen, aus mehreren Mitgliedern bestehenden Reichskommissariats an, das eine Art Sonderregierung für das Bergbaurevier darstellen könnte.

— (Blutiger Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Reichswehrtruppen.) Das „Leipziger Tageblatt“ berichtet, daß am Sonntag nachmittag auf dem Bahnhof Bitterfeld zwischen Arbeitern und Reichswehrtruppen ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden hat. Einer kleineren Abteilung Reichswehr wurde dort „Mord“ angedroht. Ein Soldat antwortete mit einem Pistolenschuß, der niemand verletzte. Die Arbeiter gerieten hierüber in große Erregung und fielen über den Schützen her. Es kam zu einer regelrechten Schlägerei zwischen Arbeitern und Soldaten. Ein Unteroffizier gab dabei zwei Schüsse ab, die einen Arbeiter töteten und zwei verwundeten. Schließlich wurde die Reichswehrabteilung entlassen.

— (Die Neuorganisation der Sicherheitspolizei.) Aus dem preussischen Ministerium des Innern wird über die Neuorganisation der Sicherheitspolizei mitgeteilt: Die Dinge liegen so, daß das Ministerium des Innern mit allem Nachdruck darauf hinarbeitet, eine absolut zuverlässige und verfassungstreue Truppe in der Sicherheitspolizei zu schaffen. Von dem Verhältnis zwischen Sicherheitspolizei und der blauen Ordnungspolizei und überhaupt von der Ordnungspolizei ist bei den geführten Verhandlungen noch nicht die Rede gewesen. Ueber das gegenwärtige Verhältnis der beiden Institutionen wird später und selbstverständlich unter Hinzuziehung aller Beteiligten verhandelt werden. Viel besprochen wird auch die Frage der Zusammenfassung der Sicherheitspolizei. Es sei deshalb festgestellt, daß die Sicherheitspolizei des Berliner Polizeipräsidiums sich zusammensetzt aus: 3533 Arbeitern, Angehörigen der Forst- und Landwirtschaft, Wäldern, Fischern, Schloßern usw., 1899 Kaufleuten, Geschäftsinhabern, Schreibern, Technikern, Lehrern, Studenten und früheren Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, 1194 Friedenskapitulanten. Mit dieser Statistik dürfte erweisen sein, daß von einer einheitlichen Zusammenfassung der Sicherheitspolizei in Berlin nicht die Rede sein kann. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Reich. So befinden sich z. B. organisierte Arbeiter innerhalb der einzelnen lokalen Sicherheitspolizeien in folgendem Prozentsatz der dortigen Gesamtstärke: Münster 5 Prozent, Breslau 20 Prozent, Kaiser 33 1/2 Prozent, Hindenburg 41 Prozent, Rattenberg 20 Prozent, Kiel 35 Prozent, Königsberg 35 Prozent, Magdeburg 40 Prozent, Potsdam 20 Prozent, Provinz Sachsen 30 Prozent, Stettin 17 Prozent.

— (Neue Forderungen der Eisenbahner.) Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, haben die Eisenbahner an die Reichsregierung die Forderung auf eine sofortige Auszahlung von 1500 Mark an den Mann gerichtet und dabei erklärt, daß im Falle einer Verweigerung die Folgen nicht übersehbar seien. Die Stellungnahme der Regierung steht noch aus.

— (Die Lehrer in Besoldungsklasse 7.) Das preussische Staatsministerium beschloß gestern, daß die Volksschullehrer unter Verlängerung des Diakriats auf 7 Jahre in die Besoldungsklasse 7 eingereiht werden sollen. Damit sei der jahrzehntelange Streit um die Einreihung der Lehrer in einer ihren Wünschen vollaus entsprechenden Weise beigelegt worden.

— (Krankenversicherungspflicht bis 12.000 Mark Einkommen.) Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich für die Aufhebung der Krankenkassenversicherung ausgesprochen hat, wenn bekanntlich von einer Begrenzung des Grundlohns abgesehen und die Versicherungspflicht bis auf Einkommen von 20.000 Mark hinaufgesetzt wurde, hat die Regierung alsbald dem Reichsrat eine neue Verordnung vorgelegt, wonach die Gehaltsgrenze von 12.000 Mark wieder eingeführt und eine Begrenzung für den Grundlohn auf 24 bis 30 Mark festgesetzt wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung ist auf den 3. Mai festgesetzt, während die neue Begrenzung des Grundlohns vom 27. April an Geltung haben soll. Der Reichsrat nahm die Regierungsvorlage an.

Kleine Nachrichten.

Die diesjährige Bischofskonferenz wird wegen der Dringlichkeit mehrerer Beratungsgegenstände wohlfrühlich schon Anfang oder Ende Juni stattfinden.

Tirol hat eine Aktion eingeleitet, um einen allgemeinen Sommerurlaubenverkehr zu eröffnen und sich nach Berlin um eine Ausfuhr von 100 Waggons Wehl und 20 Waggons Fett handelt.

Nach dem Blatt „Volks“ in Riga ist ein deutscher Flugsieger, das von Berlin nach Sowjetrußland unterwegs war, im Danaburger Gebiet beschlagnahmt worden. Bei einem seiner Anflüge fand man für 250 Millionen Rubel wertvolle Gegenstände.

icht fand ich in lokale Blöthe, Wüthenscheide,
 Verarmung der Beamten und Angestellten der
 Sachanlage „Grillo“ statt. Da in der
 letzten Zeit in der Stadt Kamen und Umgegend
 unruhigsten Verhältnisse laut geworden waren
 über eine verwerfliche Beilegung der Steiger
 Kopp u. des Ziegeleimsteiger Silber (beide vom
 Sachanlage „Grillo“) am dem letzten Putz,
 sollte diese Verarmung Aufklärung schaffen,
 wodurch die beiden Genannten an der Sache
 stetig fest. In dieser Verarmung waren
 Steiger Kopp und Ziegeleimsteiger Silber selbst
 erlitten. Von den Einlassungen, auf deren
 Aussagen die beiden vom Standgericht befreit
 wurden, konnte nur Steiger 1881 erscheinen
 an Magistrate Schulmacher persönlich ver-
 hundert war. Im Laufe der Aussprache wurde
 festgestellt, daß die Beschaffung von Kopp und
 Silber auf Grund falscher Anlage gesah, denn
 das Standgericht konnte überzeugt werden, daß
 die Fähigkeit der beiden Angeklagten genau das
 Gegenteil von dem war, was die Anlage den
 beiden vortrug. Auf Grund dessen wurden Kopp
 und Silber vom Standgericht befreit und, da
 die Sache ihren Lauf nehmen mußte, dem Stand-
 gericht überlassen. Nachdem selbige am andern
 Tage vom Oberkriegsgericht und vom Staats-
 anwalt vernommen waren, wurde die Fahrt auf
 den Fuß gesetzt. Die Beamten und Ange-
 stellten wenden sich nun an die Öffentlichkeit
 der Witz, anders lautenden Verhältnissen ener-
 gisch entgegenzutreten und sich mit an die in
 der Verarmung festgestellten Tatsachen zu
 halten.

Das Herz u. das Portemonnaie der Saarländer.

Die einmütige Rundgebung der Saarländer vom 12. März hat uns Deutschen östlich des Rheins die wohlverdiente Gewissheit gegeben, daß die kaum 800.000 Deutschen an den Saaruseren trotz aller Mühe und Verunsicherungen bei uns auszuhalten werden. Wir Deutschen in den national nicht getriebenen Teilen des Reiches sind zu leicht geneigt, die politische Stellungnahme der Menschen ausschließlich nach dem Gebührenden zu beurteilen. Die 15 Jahre Trennung von Deutschland, die das Saargebiet übersehen muß, werden bis zum gewissen Grade einen Kampf zwischen Herz und Portemonnaie der Saarländer werden. Selbst die hochherzige Stimmung erlahmt, wenn sie dauernd mit schwerer wirtschaftlicher Not zu kämpfen hat. Dem Namen nach untersteht das Saargebiet allerdings dem Völkerbunde und muß nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages von den Völkerbundsorganen trennbar verwaltet werden. Aber die wichtigsten wirtschaftlichen Dispositionen des Landes sind in den Händen der Franzosen: Die Kohlengruben. Das Saargebiet hat kein Recht an seinen eigenen Bodenschätzen. Die von den demonstrierenden Saarländern am 12. März einstimmig angenommene Entschließung fordert dringend eine bessere und wohlfeilere Kohlenversorgung der inländischen Bevölkerung. Seht die französische Bergwerksbehörde ihre Prognosen, das Saarland als Kohlenkolonie zu behandeln, fort, so wird sie dem französischen Volk gewiß keine großen Sympathien im Lande erwerben.

Ohne eine wirtschaftliche Unterstützung des Reiches droht das Saargebiet aber doch allmählich in die wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs zu geraten. Fünf Jahre lang genießt die deutsche Ein- und Ausfuhr von Waren nach dem Saargebiet Zollfreiheit. Aber auch in dieser Hinsicht hat der Völkerbund die Möglichkeit, den Verkehr des Saargebietes mit Deutschland zu erschweren. Er hat sich hier nur die recht erheblichen „natürlichen Gebühren“, die im Saargebiet erhoben werden sollen. Der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. von Giese, hat sich eingehend über die Währungsfrage im Saargebiet geäußert. Selbstverständlich ist die Währungsunion zwischen dem Saarland und dem Reich ein festes Band. Die Saarländer unterliegen als echte Deutsche unserer Gesetzgebung, Polizei- und Steuerbefehlen. Eine immerhin nennenswerte Partei verlangt die Schaffung einer eigenen Saar-Währung. Man hofft dadurch das Schicksal des Saarlandes von der Zukunft der deutschen Währung zu trennen, verzichtet aber, daß ein auf den Weltmarkt angewiesenes Saar-Währungswesen, dessen wichtigste Waren die Kohlen sind, mit einer eigenen Währung auf dem Weltmarkt nur eine sehr bedingte Kaufkraft besitzen würde. Eine andere Gruppe möchte die französische Franken-Währung einführen. Hierfür würden gewiß alle auf Arbeitsverdienst angewiesenen zunächst Vorteile haben, vorausgesetzt, daß die Umrechnung von Mark in Franken wie in Ost- und Westpreußen zum Vorkriegsstand, oder annähernd zu diesem Stande feststünde. Die Einführung der Franken-Währung im Saarland wäre mit dem wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich gleichbedeutend. Nach einer kurzen Übergangszeit würde sich die Kaufkraft der Löhne und Gehälter im Saargebiet der Lage in Frankreich angepasst haben. Das gesamte Wirtschaftsleben des Saarlandes würde revolutioniert werden. Deutsche Waren würden das keine Band überkommen und die heimische Industrie außer Betrieb setzen; die Kaufkraft würde nach Deutschland würde in der gleichen Weise erhöht, wie heute die französische, englische und amerikanische Kaufkraft nach Deutschland erhöht ist. Das Saargebiet würde gegen die wirtschaftlichen Anstriche Frankreichs einfallen. Ist das etwa ein vorteilhafter Zustand? Das französische Wirtschaftsleben ist reichlich ebenfalls gestärkt, wie das deutsche. Die finanziellen Vorteile sind an sich nicht geringer, treten aber vorläufig noch nicht so sehr in die Erscheinung, da die ausländischen Gläubiger Frankreichs — besonders England und Amerika — die Übertragung der Schulden und die Zinszahlungen einwirken noch können. Das deutsche Volk ist wirtschaftlich lebendiger, als das französische und wird sich nach Überwindung der gegenwärtigen schweren Krise schneller wieder erholen.

Dem deutschen Handel erwächst die Verpflichtung, Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten nicht zu scheuen und den Völkerverständnis mit dem Saarland aufrecht zu erhalten. Es ist ein Geschäft auf weite Sicht. Es wird vielleicht in den nächsten Jahren nicht immer leicht und gewinnbringend sein, sich aber nach Ablauf des Völkerbunds-Reglements an der Saar rasche Früchte zeigen. Es gilt, ein höheres und industrielleres Land mit fleißiger, rein deutscher Bevölkerung zu erhalten. Die Handelskammer zu Saarbrücken, die eine Zweigstelle in Berlin unterhält, ist bereit, alle nötigen Auskünfte zu geben und die beschiedenen, sowie die etwa noch kommenden Schwierigkeiten im Völkerverständnis zwischen dem Reich und dem Saarland zu mildern. Dr. Groll.

Deutsch oder fremdsprachig?

Aus dem Staate Rio Grande do Sul in Brasilien wird dem Deutschen Auslands-Institut in Stuttgart geschrieben:

„Mit freudiger Genugtuung empfinde ich die Importhäuser unseres Landes endlich wieder die Besuche von deutschen Geschäftsfreunden. Das Besehen deutscher Waren und Erzeugnisse wurde herzulande dermaßen schmerzhaft empfunden, daß die Wiederannäherung der Handelsbeziehungen mit Deutschland auch von den meisten Importpraktikanten Geschäftshäusern freudig begrüßt wird. England ebenbürtig wie Nordamerika herkommen die hiesige Geschäftswelt hinsichtlich Qualität, Lieferung und Kredit zufriedenzustellen, so daß trotz aller Bemühungen seitens dieser Länder, den hiesigen Markt an sich zu reißen, die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen allgemein gewaltig ist. Welchen Wert die deutschen Erzeugnisse hier haben, beweist die Tatsache, daß in jener Zeit, da deutsche Waren unmöglich zu haben waren, jeder Engländer keine Waren, sobald sie etwas besser waren, als „artigo allmao“ (deutscher Artikel) pries. Hiermit hat man selbst in Deutschland ansehnlich kaum gerechnet. Man befürchtete, daß der „Gott über den Krieg hinaus“ deutsche Waren auch vom brasilianischen Markt ausschließen würde. Aus diesem Grunde mußten verschiedene deutsche Firmen ihre Musterkollektionen mit französischen Aufschriften und Benennungen versehen, um mit den deutschen Bezeichnungen nicht „anzustoßen“. Das ist aber ganz falsch. Hier im Auslande beweisen die Bezeichnungen am besten die Herkunft der Waren, und jeder Kunde wird heute sicher einen Artikel mit deutscher Vor einem solchen mit englischer oder französischer Bezeichnung vorziehen. Werden hier Waren angeboten, so fragt man fast immer sofort nach der Herkunft, und bei Bekanntschaft derselben als deutsch, werden sie in der Werkschätzung noch immer gemindert, denn beim Geschäft hört wie beim Geld die Feindschaft auf, das hatten die verflochtenen Jahre lausendfach erwiesen.

Unerwartet ist es kürzlich einem deutschen Textkreisläufer passiert, daß er wegen der französischen Benennung seiner Muster schelte Geschäfte machte und ihm die deutschen Import-

häuser überhaupt nichts abtaufen. Jedes Muster sollte die Bezeichnung tragen, wie deutsche Ware, deutsches Erzeugnis, letzte Mode, hochmodern, statt Made in Germany, Nouveautés, Dernière mode, Ultramod. Der Versuch würde den Beweis erbringen, daß dies die beste Empfehlung wäre und selbst bei importierten Waren am besten ziehen würde.

Sport.

Kamen, 27. April. Die 1. Mannschaft des Sportvereins 18 e. v. von hier hat nunmehr die Serie ihrer Meisterschaftsspiele beendet. Hiernach ist es das längste Spiel des Vereins, allen Freunden des Fußballsports und erst recht solchen, die es noch werden wollen, für den Reich der Spielzeit Spiele von besonderem Reiz vorzuführen, so lange noch nicht der sommerliche Leichtathletik-Betrieb eingesetzt hat. Die 1. Mannschaft hatte die hiesige Sportgemeinschaft die Gelegenheit zu verdanken, am ersten Dinstag eine so vollendet spielende Mannschaft, wie die des Sportclubs „Komet“, Bremen, begrüßen zu können. Neuerdings wußte ihr wiederum eine sehr günstige Aussicht, da eine Mannschaft aus Saarbrücken zu einem Wettspiel verpflichtet ist, wo bekanntlich das Fußballspiel zur vollen Reife kommt. Am 11. März wird ein Fußballkampf ansetzen gegen die 1. Mannschaft des hiesigen Sportvereins. Diese Mannschaft hat bereits in anderen Städten verschiedene Wettspiele ausgetragen. Ihre sehr sympathische Spielweise vermochte es stets, rasch die Herzen der Zuschauer für sich zu gewinnen und sie bis zum Schluß für ihr Spiel zu begeistern. Ein wahrer Genuß und sehr interessant ist es, die feine und formvollkommene Spielweise der Saarländer kennen zu lernen. Besonders gelungene Auftritte gab es, die die Zuschauer des Stadions nach hier zu veranlassen, so daß den Besuchern neben dem Fußballspiel der Genuß eines Konzerts geboten wird. Es sollte niemand veräumen, sich diese beiden Spielstunden zu gönnen, wenn er sich eben, freimachen kann von seinen Pflichten. Das Wettspiel findet statt am kommenden Mittwoch, den 28. d. M., nachm. 6 Uhr, auf dem Sportplatz am „Schützenhof“, Weststraße. — Wir machen auch auf die Anzeige in heutiger Nummer aufmerksam.

Vereinsnachrichten.

Kaiser, 24. April. (Dilettanten-Verein „Frohmann“ Kaiser-Meier.) Sonntag, den 13. April d. J., besagte der Dilettanten-Verein „Frohmann“ Kaiser-Meier in dem Lokale der Frau W. Sorge seinen Theaterabend zu Gunsten heimgekehrter Kriegesgefangenen. Gemäß dem Wunsch der hiesigen Bürger, einen Theaterabend, mit nur Lust- und Singstücken zu veranstalten, gelangten nur Stücke heiteren Inhalts zur Aufführung. Die Hauptrolle spielte die Operette: „Unsere Wälderwachtel“ und das Singspiel: „Er geht auf's Ganze“. Die Rollen lagen durchwegs in guten Händen. Somit erhielten die Spieler nicht nur nach der Vorstellung reichlichen Beifall, sondern die einzelnen Szenen wurden anhaltend applaudiert. Für den nötigen Humor sorgte der allgem. bekannte „Lustige Paul“. Ein wahrer Beweis für die Reifungen des Dilettanten-Vereins, daß von jeher besuchten Bühnenvereinen insgesamt 26 Preise heimgebracht werden konnten. Leider konnte das vorgesehene Programm nicht voll zur Geltung kommen, da es die Zeit nicht mehr erlaubte. Nach Beendigung des Theaterabends konnte der heimgekehrten Gefangenen der Betrag von 520 Mark einschließlich des Wohlthatigkeitsabends vom 25. Januar 1920 insgesamt 1120 Mark überreicht werden. Der guten Sache wegen, sei dieses an dem Vereinen zur Nachahmung empfohlen. Nach einigen gemächlichen Platznahmen verließ ein jeder froh und zufrieden das Lokal.

Mobiliarverkauf

Kamen.

Donnerstag, den 29. ds. Mts., morgens 9 Uhr, werden die unterzeichneten folgende Gegenstände als:

1 einschläf. Bettstelle mit Matratze und Bettzeug, 1 Waschtisch mit Marmorplatte, 2 porzellanene Waschkübeln, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Kleiderständer, 1 kleines Wand-, 1 Bücherbrett, 1 Säule mit großem Majolikatopf, 1 eiserne Bratpfanne, 2 Tablett, außerdem 1 Zinbadewanne, 1 Kinderstuhl, 1 Blumenständer, sowie 1 Herrenanzug, 1 Herrenjoppe, 3 Hüte, 1 Taschenuhr, 3 Messer, 1 Haarschneidemaschine, 1 Steinbohrer, versch. Kinderspielsachen usw.

im Lokale des Wirts Leonh. Rieder am Markt hier öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft.

Kamen, m1571
Reinhard, Gerdtz,
Auktionatoren.

Sitten-Romane

Man vorl. Preisliste.
Fr. Wortmann, Buchverf.,
Soleda 1. W. v1578

Ein gut erhaltener
Sitzliegewagen
(Freibadwagen)
zu verkaufen. m1669
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Gabe in meinem Garten
für dauernd n1576

Gift gelegt.
Karl Reff
Weddinghofen Schulstr. 61

Gemüsepflanzen:

Weiße Kohl
Wirsing
Kohltrabi
Blumenkohl
2 mal pflanzte
Gemüsepflanzen
empfehlen 1581

Handelsgärtner
Stahl,
Beerenerstraße 21.

Zur Heberichs-
verfälschung
empfehlen fein gemahlenen

„Raini“
(Sonder-Marke) ab Lager
Th. Ostermann.

Ordentliches
Mädchen
für Haus und Landwirtschaft gesucht. 1579
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Mädchen
für kleinen Haushalt nach Köln gesucht. Wäsche außer dem Hause. n1572

Angebote erbeten an
Jul. Jordan,
Kamen, Bernerstr. 106.

Eine alleinlebende
Frau als
Haushälterin
gesucht. 1575

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Ein angebotener
Ziegenbock
zu verkaufen. n1582

Kottstraße 7.

Berein für Fraueninteressen.

Mittwoch, d. 24. April,
abends 8 Uhr,
im Hotel Viermann:

Vortrag
von Frau L. Timper-Anderson über

Wiener Leben in der Kriegs- und Revolutionszeit.
Nichtmitglieder willkommen.

Verloren

auf dem Wege Bahn-
hoffstraße vom Markt
bis Ecke Schlachthof-
straße Lederne

Damen-
Handtasche.

Gegen Belohnung an
die Geschäftsst. d. Zeit.
abzugeben. 1570

Sportplatz
Schützenhof.

Militär-
Fußballwettspiel
Morgen, Mittwoch, den 28. April:
Bad. Jäger-Batt. Nr. 113
1. Mannschaft
Sport-Verein Kamen 13 e. V.
1. Mannschaft.
Anfang 6 Uhr
nachmittags

Sportplatz
Schützenhof.

Realprogymnasium Kamen.

Zu der am Donnerstag, dem 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in der Aula der Anstalt stattfindenden

Versammlung

werden die Eltern der Schüler eingeladen.
Tagesordnung:
Mitteilungen über die Wahl der Elternbeiräte.

Der Direktor:
Dr. Everlin.

Handel u. Gewerbe.

Hohe Preise
für alte Geschäftsbücher, Briefe usw.
(Sachen werden sofort eingestampft.)

J. Wolff u. Sohn, Telefon 142.

Brauerei-Vertreter.

Leistungsfähige, kapitalkräftige Brauerei
des Dortmunder Bezirks sucht für Kamen
und Umgegend bei der Wirt-Kundschaft
gut eingeführten Vertreter gegen hohe
Provision.

Angebote unter 1562 zu richten an
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Beschluß.

Nach erfolgter vorchriftsmäßiger Bekanntmachung wird, da Einsprüche nicht erhoben sind, der kurze Verbindungsbezug von der Kreisstraße zur Eulenkamp in der Gemeinde Nieder-eben hiermit eingezogen.

Anna, den 22. April 1920.
Die Bezugsstellebehörde des Amtmann-Kamen
Lehmhaus, Amtmann.

Visitenkarten

in jeder Ausführung
kann schnell und preiswert
Kamener Zeitung.
Weststraße 10.

Geschäfts-Gründung!

Den geehrten Bewohnern von Bergkamen und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage, hier **Blücherstr. Nr. 252**, gegenüber der Post, ein

Spezial-Damenputzgeschäft

eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, durch gute Ausführung der mir gütigst übertragenen Arbeiten das Vertrauen der Kundschaft zu erringen.

Mit der Bitte um geneigten Zuspruch
Hochachtung
Anna Kulp.

Das Umpressen sowie das Umarbeiten von alten Hüten wird prompt und billigst ausgeführt.

2. Nachtrag

zu dem Ortsstatut betr. die gewerbliche Fortbildungsschule zu Kamen.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 28. März 1919 (R.-G.-Bl. S. 354) und des Gesetzes betr. die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen vom 1. August 1909 (G.-S. S. 733) wird nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Arbeiter gemäß Beschluß des Magistrats vom 23. Februar 1920 und der Stadteordneten-Versammlung vom 1. März 1920 folgender Nachtrag erlassen:

§ 1.
Die Pflicht zum Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule wird auf alle Jugendlichen unter 18 Jahren, die seit Ostern 1918 die Volksschule verlassen haben, in Kamen wohnen oder beschäftigt sind, keine weitergehende wirtschaftliche oder künstlerische Ausbildung genießen und nicht im häuslichen Dienst oder im Bergbau beschäftigt sind, ausgedehnt. Sind Wohnort und Beschäftigungsort verschieden und besteht für beide die Schulpflicht, so ist die am Beschäftigungsort zu erfüllen. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Schulbehörde des Beschäftigungsortes.

§ 2.
Die Verpflichtung zum Schulbesuch besteht auch für die Zeit der Arbeitslosigkeit.

§ 3.
Die Arbeitgeber der Fortbildungsschüler sind verpflichtet, zu der Unterhaltung der gewerblichen Fortbildungsschule in Kamen einen Beitrag von jährlich 10 Mark für jeden zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten in vierteljährlichen Raten im Voraus an die Stadtkasse Kamen zu zahlen.

Vorübergehende Befreiung der Schüler vom Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule ist auf die Verpflichtung zur Zahlung des Beitrags ohne Einfluß.

Wenn ein Schüler die Arbeitsstelle im Laufe eines Vierteljahres wechselt, hat der neue Arbeitgeber die Beiträge für ihn erst vom nächsten Vierteljahresanfang ab zu entrichten. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der letzte Arbeitgeber die fälligen Beiträge zu zahlen.

Für auswärtige Schüler wird ein Schulgeld von 20 Mark erhoben.

Nachträgliche Beiträge werden wie die Gemeindegaben, nach Maßgabe der Bestimmungen über das Verwaltungszwangverfahren wegen Beitreibung von Geldbeiträgen eingezogen.

§ 4.
Der § 6 des Ortsstatuts betr. die gewerbliche Fortbildungsschule zu Kamen vom 4. Juni 1902 erhält folgende Fassung:

Die Arbeitgeber der Schulpflichtigen sind verpflichtet, sie spätestens am 6. Tage nach dem sie sie angenommen haben, zum Eintritt in die Fortbildungsschule beim Schulleiter anzumelden und spätestens am 8. Tage, nachdem sie sie aus der Arbeit entlassen haben, beim Schulleiter abzumelden.

Die Meldepflicht trifft, soweit die Schulpflichtigen nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, ihre gesetzlichen Vertreter.

Die Arbeitgeber und die gesetzlichen Vertreter sind verpflichtet, dem Schulpflichtigen die zum Besuch der Schule nötige freie Zeit zu gewähren und sie zu pünktlichem, regelmäßigem Schulbesuch anzuhalten.

§ 5.
Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. April 1920 in Kraft.

Kamen, den 9. März 1920
Der Magistrat:
gez. Dr. Wiesner, Siegler.

Genehmigt gemäß § 120 Abs. 3 und § 142 der Reichsgewerbeordnung sowie § 122 des Zuständigkeitsgesetzes.

Arnsberg, den 7. April 1920.
Namentlich des Bezirksausschusses, Abteilung 1. (L. S.)
Der Vorsitzende:
J. A. gez. Unterschrift.
B. A. I C VI 11/20. 1563
2
Bescheinigt:
Kamen, den 20. April 1920
Der Magistrat: Dr. Wiesner.